

Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass die Deutsche Beteiligungs AG den Empfehlungen des "Deutschen Corporate Governance Kodex" (im Folgenden: der Kodex) in der Fassung vom 14. Juni 2007 und ab deren Geltung in der Fassung vom 6. Juni 2008 seit der jüngsten Entsprechenserklärung vom 22. November 2007 mit folgender Abweichung entsprochen hat und weiterhin entsprechen wird:

- In der D & O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats ist und war kein Selbstbehalt vorgesehen (vgl. 3.8 des Kodex). Der Versicherungsschutz durch die D & O-Versicherung erfasst nur fahrlässig begangene Pflichtverletzungen; sie gilt für Mitarbeiter wie Organe gleichermaßen. Da uns eine Differenzierung zwischen Mitarbeitern und Organen hier nicht sachgerecht erscheint und ein Selbstbehalt international eher unüblich ist, haben wir darauf verzichtet. Wir haben keinen Anlass daran zu zweifeln, dass unsere Organe wie auch unsere Mitarbeiter ihre Aufgaben mit der ihnen größtmöglichen Sorgfalt wahrnehmen. Wir versprechen uns deshalb von einem Selbstbehalt keinen zusätzlichen Effekt.
- Die nun zur "Empfehlung" aufgewerteten Regelungen zum so genannten Abfindungs-Cap (vgl. 4.2.3, Abs. 4 des Kodex) beziehen sich auf Abschlüsse von Vorstandsverträgen. Gegenwärtig stehen keine Vorstandsverträge zum Neuabschluss oder zur Verlängerung an. Wir werden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und uns zu gegebener Zeit entscheiden.

Den Anregungen wollen wir mit einer Ausnahme folgen:

Die erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrates basiert auf der Entwicklung des Eigenkapitals je Aktie, der wesentlichen Erfolgsgröße für die Aktionäre, innerhalb eines Geschäftsjahres und enthält somit keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile (vgl. 5.4.6 des Kodex). Am Kapitalmarkt hat sich bisher noch kein allgemein akzeptiertes Modell zur Verwirklichung dieser Anregung durchgesetzt. Wir werden die weitere Entwicklung deshalb aufmerksam verfolgen und ggf. eine Änderung herbeiführen.

Frankfurt am Main, 20. November 2008